

40 Hemmnisse identifiziert. Und was nun?

Die BMAS-Machbarkeitsstudie zur bAV hat Problemfelder aufgezeigt. Studienautor **Frank Wallau** erläutert, wie man mit den Ergebnissen weiter verfahren könnte.



Professor Frank Wallau

Dozent für Mittelstandspolitik und Unternehmensgründung/-nachfolge an der FHDW Paderborn

Im Sommer 2014 wurden die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie für eine empirische Analyse von Hemmnissen für die Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung in kleinen und mittleren Unternehmen veröffentlicht.

Ausgangspunkt dieser Studie war die Erkenntnis, dass der Verbreitungsgrad der betrieblichen Altersversorgung (bAV) bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) deutlich niedriger ist als bei größeren Unternehmen und der Beteiligungsgrad der Mitarbeiter an einer bAV-Lösung in KMU wesentlich geringer ist als in größeren Unternehmen.

Insgesamt ist im Rahmen der Analyse vorhandener empirischer Studien festzustellen, dass die Erforschung der Ursachen für die relativ geringe Verbreitung der bAV bei den KMU und deren Arbeitnehmern bisher nur unzureichend erfolgt. In ganz wenigen empirischen Studien wurden die Arbeitgeber beziehungsweise Personalverantwortlichen aus KMU explizit nach den Gründen gefragt, warum sie bisher keine bAV-Lösung in ihrem Unternehmen implementiert haben. Ebenfalls nur sehr wenige Studien setzten sich mit der Frage auseinander, warum Arbeitnehmer nicht an einer bAV teilnehmen.

Auf Basis der Studienauswertungen, der Analyse der Branchenlösungen, der Analyse des internationalen Vergleichs, der Ergebnisse von Experten-Workshops ergänzt um die Ergebnisse aus einigen explorativen Experteninterviews wurde erstmals eine Liste mit 40

potenziellen Hemmnissen für eine bAV-Verbreitung erstellt. Insgesamt konnten 13 potenzielle Hemmnisse im Rahmen der bAV-Einführung beziehungsweise -Inanspruchnahme bei Arbeitgebern sowie 22 Hemmnisse bei den Arbeitnehmern identifiziert werden. Auf Seiten der bAV-Anbieter waren fünf potenzielle Hemmnisse festzustellen.

Eine erste Einschätzung der Relevanz der einzelnen Hemmnisse wurde auf Basis weiterer elf Experteninterviews erarbeitet. Die Experten bewerteten im Einführungsprozess, in der Regel auf Seiten der Arbeitgeber, neun Hemmnisse, und im Verbreitungsprozess, in der Regel auf Seiten des Arbeitnehmers, zehn Hemmnisse sowie auf Seiten der bAV-Anbieter ein Hemmnis mit einer überdurchschnittlichen Relevanz.

KEY FACTS

■ Die BMAS-Machbarkeitsstudie hat eine erste Liste von 40 potenziellen Hemmnissen identifiziert. ■ Damit kann noch nicht die Frage beantwortet werden, wo die Politik sinnvoll ansetzen könnte. ■ Ziel muss sein, die Top-Hemmnisse einheitlich valide zu identifizieren.

Obwohl diese Ergebnisse aufgrund der geringen Anzahl der Experteninterviews lediglich eine erste Tendenz darstellen können, werden durch die Interviews drei Punkte deutlich:

1. Sowohl auf Seiten der Arbeitgeber als auch auf Seiten der Arbeitnehmer treten Hemmnisse mit hoher KMU-Relevanz auf.
2. Einer weiteren Verbreitung der bAV in KMU stehen sehr wahrscheinlich keine KMU-spezifischen Hemmnisse entgegen, sondern Hemmnisse, die grundsätzlich schon bekannt sind, aber in KMU stärker wirken beziehungsweise ausgeprägter sind.
3. Die Beurteilung der Relevanz eines Hemmnisses hängt von der Auswahl der Experten ab.

Größenordnungen in Zusammenhang mit der Studie

In Deutschland gibt es rund 3,66 Millionen Unternehmen. Über 3,3 Millionen davon haben weniger als zehn sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und sind damit unter Zugrundelegung der KMU-Definition der EU-Kommission sogenannte Kleinunternehmen.

Rund 264.000 Unternehmen sind kleine (bis 49 Mitarbeiter) und rund 56.000 Unternehmen sind mittlere Unternehmen (bis zu 250 Mitarbeiter). Insgesamt zählen gemäß der Definition der EU-Kommission 99,5 Prozent der Unternehmen in Deutschland zu den KMU. Diese Unternehmen beschäftigen in der Summe rund 55 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Personen.

Nur bei rund der Hälfte der Kleinbetriebe liegt ein Angebot zur bAV vor. Mit steigender Unternehmensgröße steigt das Vorhandensein eines Angebots der bAV kontinuierlich an und liegt bei den großen Unternehmen bei fast 100 Prozent. Der Anteil der Arbeitnehmer mit einer bAV-Anwartschaft korreliert ebenfalls, wie das Angebot der bAV, positiv mit der Unternehmensgröße. Bei Kleinbetrieben mit bis zu zehn Beschäftigten liegt die bAV-Verbreitung unter den Arbeitnehmern nur bei 30 Prozent. Das ist deutlich unter dem Durchschnitt, der bei 50 Prozent liegt. Zudem ist festzustellen, dass die Zuwachsraten bei Verbreitung der bAV in den letzten Jahren deutlich an Dynamik verloren haben.

Die detaillierten Ergebnisse der Machbarkeitsstudie finden sich auf den Internetseiten des BMAS.

Für den einen ist beispielsweise die Beitragspflicht zur gesetzlichen Krankenversicherung im Rentenalter das gravierendste Hemmnis. Andere sagen, sie sei lästig, aber nicht hinderlicher als Informationsdefizite.

Im nächsten Schritt wurde im Rahmen der Machbarkeitsstudie geprüft, wie die Relevanz der verschiedenen Hemmnisse für eine höhere Verbreitung der bAV in KMU im Rahmen eines empirischen Forschungsprojektes untersucht und mögliche politische Handlungsoptionen eruiert werden können. Grundsätzlich ist es möglich, neue, belastbare empirische Forschungsergebnisse zu erhalten, allerdings angesichts der Komplexität nur bei einer sorgfältigen Vorbereitung und unter relativ hohem Aufwand.

Was bleibt von der Machbarkeitsstudie übrig? Eine erste Auflistung von 40 potenziellen Hemmnissen! Allerdings ist derzeit noch nicht klar, welches die Top-Hemmnisse sind und ob beispielsweise ein einzelner Grund die Verbreitung der bAV blockiert oder ob es die Summe verschiedener Hemmnisse ist. Somit kann

„Einer weiteren Verbreitung der bAV in KMU stehen wahrscheinlich keine KMU-spezifischen Hemmnisse gegenüber, sondern Hemmnisse, die grundsätzlich bekannt sind, aber in KMU stärker wirken.“

derzeit auch nicht seriös die Frage beantwortet werden, wo am sinnvollsten politische (Förder-)Maßnahmen ansetzen sollten. Immer wieder wird eine Opting-out-Lösung wie in England in die politische Diskussion gebracht. Fakt ist, dass die Verantwortlichen in England gehandelt haben, ohne über eine wissenschaftliche Basis zu verfügen. Erfahrungswerte liegen noch nicht vor, da die Regelung in England für kleine Unternehmen mit weniger als 50 Arbeitnehmern erst im Juni 2015 in Kraft tritt. Erfahrungen in Deutschland aus einem anderen Bereich, dem Bereich der geringfügig Beschäftigten, zeigen, dass viele gegen die seit dem 1. Januar 2013 eingeführte Rentenversicherungspflicht votiert haben. Vermutlich würden in Deutschland auch viele, vor allem Geringverdiener und Teilzeitkräfte, einer bAV-Pflicht aktiv widersprechen.

„Aber muss es immer der Staat sein, der die nächsten Schritte anstößt und finanziert?“

Wie sollte es mit der Liste der 40 Hemmnisse nun weitergehen? In der Machbarkeitsstudie wurden Wege aufgezeigt, wie eine fundierte Quantifizierung vorgenommen werden kann. In einem ersten Schritt sollte auf jeden Fall die vorgelegte Liste der 40 Hemmnisse weiterentwickelt und validiert werden. Durch die Diskussion mit einer ausreichenden Zahl an verschiedensten Experten aus dem Bereich der Anbieter, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer würde man innerhalb von drei bis sechs Monaten eine überarbeitete Liste der Hemmnisse generieren können, die auf breiten Konsens stößt, ein einheitliches Wording benutzt und die Top-Hemmnisse im Implementierungs- beziehungsweise Verbreitungsprozess klar identifiziert. Nur: Für diesen Prozess müsste sich jemand federführend verantwortlich zeigen. Sicherlich könnte dies die Bundesregierung sein. Aber muss es immer der Staat sein, der die nächsten Schritte anstößt und finanziert? Auch die bAV-Anbieter beispielsweise könnten diesen Schritt initiieren. Zumal hier auch ein deutliches Eigeninteresse vorliegen dürfte, mehr Erkenntnisse zu gewinnen, warum KMU und Arbeitnehmer bAV unterdurchschnittlich anbieten beziehungsweise abschließen.

Eine durch alle Experten abgeseignete Liste wäre dann eine valide Basis, auf der die weiteren Schritte und politische Handlungsoptionen diskutiert werden sollen.

Ohne Frage hätte es Sinn, die großen Stellschrauben politisch anzugehen, um bei der Verbreitung einen deutlichen Schub auszulösen. Es nützt nichts, wenn die Bundesregierung zum Beispiel das neununddreißigste, in der Bedeutung fast verschwindende Hemmnis der Liste beseitigt, statt eines der Top-Hemmnisse anzugehen. Es ist sicherlich illusorisch, den Verbreitungsgrad der bAV auf 100 Prozent steigern zu wollen, aber die derzeitigen 50 Prozent sind auch nicht befriedigend, und ohne neue Impulse wird sich daran in naher Zukunft auch nicht viel ändern. Vielleicht hat die Studie einen ersten Impuls gesetzt, den Stein ins Rollen zu bringen. ■